

sollen, aufzubessern, aber die bürokratischen Hindernisse und die Rechtsunsicherheit sind groß und haben eine eher abschreckende Wirkung auf die Wissenschaftler und Techniker. Überdies dürften viele von ihnen überfordert sein, wenn man von ihnen verlangt, daß sie durch zusätzliche Aktivitäten ihre Gehälter aufbessern sollen.

Im übrigen wird wie im Bereich der Wirtschaft auch auf wissenschaftlich-technischem Gebiet die ungleiche Entwicklung zur Maxime erhoben. Vorrangig werden die Küstenregionen gefördert, wo sich ohnehin die meisten wissenschaftlichen und technischen Einrichtungen befinden; man erhofft sich, daß von dieser Förderung eine Initialzündung auf die unterentwickelteren Gebiete ausgeht. Das gleiche gilt für die Forschungsgebiete mit den besten Voraussetzungen, weil ihre Förderung schneller zu Erträgen führt, die dann wiederum zur Förderung unterentwickelter Forschungsgebiete verwendet werden können. -st-

***(28)
Bestimmungen über zusätzliche
Aktivitäten von Presse- und Buch-
verlagen**

Die Staatliche Behörde für das Presse- und Publikationswesen und das Staatliche Amt für die Verwaltung von Industrie und Handel haben Mitte März eine "Vorläufige Regelung über bezahlte Dienstleistungen und Geschäftsaktivitäten von Zeitungs-, Zeitschriften- und Buchverlagen" erlassen. Darin werden die Aktivitäten, die Zeitungs-, Zeitschriften- und Buchverlagen erlaubt sind, genau festgelegt. So dürfen diese Verlage außer dem Anzeigengeschäft gegen Bezahlung alle Arten von Beratungen, Literatur- und Kunstveranstaltungen sowie Informationsveranstaltungen durchführen und photographische Dienste anbieten. Zeitungen und Zeitschriften dürfen darüber hinaus nach Genehmigung durch die zuständigen Stellen wirtschaftliche Unternehmen gründen, die jedoch in Zusammenhang mit ihren eigentlichen Aktivitäten stehen müssen (also z.B. Papierfabriken, Druckereien u.ä.). Redakteure und Reporter dürfen Informationen zur Verfügung stellen, sich dafür aber nicht persönlich bezahlen lassen. (RMRB, 23.3.88)

Die Bestimmungen sind ein weiteres Beispiel dafür, daß der Staat alle Einheiten, auch staatliche Stellen, ermuntert, zusätzliche Einkünfte zu erzielen. -st-

***(29)
Heirats- und Scheidungsrate**

Laut Statistik haben 1987 in ganz China 9.701.000 Paare die Eheschließung beantragt. Die Heirat wurde aber nur 9.247.000 Paaren gewährt. Damit kamen auf 1.000 Einwohner 17,2 Menschen, die eine Ehe eingingen. Ein Eheantrag wird nicht gewährt, wenn die Heiratswilligen zu jung sind (RMRB, 24.3.88). Der Anteil der nicht gewährten Ehen hält sich in Grenzen, weil die jungen Leute allgemein mit dem Ehegesetz vertraut sind.

Ungleich höher ist der Anteil der verweigeren Scheidungsanträge. 1987 wurden offiziell 1.027.000 Scheidungsanträge gestellt, doch wurde die Scheidung nur bei 581.000 Paaren ausgesprochen. Damit wurden pro Tausend Einwohner 1,1 Personen geschieden, was gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs von 0,1 Personen bedeuten soll (ebd.). In China wird bei jedem scheidungswilligen Paar versucht, die Ehe durch Vermittlung zu erhalten. Erst wenn der Vermittlungsversuch gescheitert ist, wird dem Scheidungsantrag stattgegeben. Die Statistik zeigt, daß die Vermittlung in fast der Hälfte aller Fälle Erfolg hat. -st-

Außenwirtschaft

***(30)
Staatsrat will Außenhandelssystem
umstrukturieren**

Der Staatsrat entwickelte kürzlich einen neuen Plan zur Beschleunigung und Verstärkung der Reform im Außenhandel. Die grundlegenden Konzepte dieses neuen Plans sind wie folgt:

Ein Vertragssystem wird für alle Außenhandelsabteilungen eingeführt; alle Provinzen, autonomen Regionen sowie regierungsunmittelbare Städte und Städte, die das Recht zum unabhängigen Planen haben, werden an den Staat bestimmte Summen von Devisen abliefern und gewisse wirtschaftliche Effizienzindizes erhalten, und zwar nach den Verträgen, die sie mit dem Staat abgeschlossen haben. Nationale Außenhandelsgesellschaften und nationale Gesellschaften, die Import und Export industrieller Güter durchführen, werden den Handel einiger Güter entsprechend

der Kontrakte durchführen. Einige nationale Gesellschaften, die mit industriellen Gütern handeln, werden ebenso entsprechend von Verträgen operieren. Nachdem das Vertragssystem, das den Außenhandel steuert, für verschiedene Außenhandelsabteilungen eingeführt worden ist, wird die Außenhandelsplanung entsprechend umstrukturiert.

Die Zahl der Befehlspläne und die Anzahl der Güter, deren Export durch den Staat kontrolliert ist, werden entsprechend reduziert; es wird eine stärkere makroökonomische Leitung und Ausgleichskontrolle geben. Der Handel mit einigen Exportgütern wird von nationalen Außenhandelsgesellschaften oder Im- und Exportgesellschaften für industrielle Güter oder gemeinschaftlich durch nationale Gesellschaften und ihre Filialen durchgeführt. Nationale Außenhandelsgesellschaften werden als Agenten bei der Bestellung gewisser Güter aus dem Ausland fungieren. Lokale Außenhandelsgesellschaften und Import- und Exportgesellschaften für Industriegüter sowie gut geführte Unternehmen wird die Erlaubnis gegeben, sich mit dem Hauptteil der Import- und Exportgüter zu befassen. In dem Fall, wo Import- oder Exportgüter durch Exportquoten kontrolliert werden oder Lizenzen erforderlich sind, soll die Bewerbung um Quoten oder Lizenzen entsprechend den Regelungen der Wirtschafts- und Handelsabteilungen vorgenommen werden.

Nachdem das Vertragssystem für den Außenhandel für alle Außenhandelsabteilungen eingeführt worden ist, wird die Kontrolle der Devisen ebenso umstrukturiert, und zwar in der Weise, daß das System der Zuteilung von Devisen weiter verbessert werden kann. Beginnend im Jahre 1988 können Devisen, über die die verschiedenen Gebietskörperschaften, Abteilungen, staatlichen Unternehmen sowie Kollektivunternehmen und Institutionen wie auch die ausländischen Unternehmen verfügen, an Devisenhandelszentren gehandelt werden. Diese Zentren werden mit Genehmigung der Devisenverwaltungsabteilungen errichtet.

Unter der Führerschaft der lokalen Volksregierungen werden die lokalen Filialen aller nationaler Außenhandelsgesellschaften und einiger nationaler Gesellschaften für Import und Export industrieller Güter zu

unabhängigen Händlern werden, die der zentralisierten Kontrolle der staatlichen Politik unterstehen. Nachdem diese Filialen sowie auch die Außenhandelsgesellschaften auf Kreis- und Präfekturbene die Genehmigung erhalten haben, sich mit Export- und Importgütern zu befassen, können sie die notwendigen Geschäftsbeziehungen mit den nationalen Gesellschaften anknüpfen und alle Arten wirtschaftlicher Beziehungen mit ihnen eingehen. Die Prinzipien dafür sind, daß unabhängige Entscheidungen getroffen werden können, daß sie selbst verantwortlich für ihre eigenen Gewinne oder Verluste sind, daß sie freiwillig partizipieren können und daß Gegenseitigkeit beachtet wird. Keine Verwaltungsabteilung darf in diese Geschäftsbeziehungen eingreifen.

Die Verwaltungsabteilungen für Außenhandel in allen Gebietskörperschaften müssen sicherstellen, daß, wenn Verträge der nationalen Außenhandelsgesellschaften mit ausländischen Kunden noch gültig sind, die lokalen Filialen sie strikt einhalten. (Xinhua, 12.3.88, zit. nach SWB, 17.3.88) -lou-

*(31)

Weitere Kredite für die Volksrepublik

Seit 1980, als die Volksrepublik China ihre Mitgliedschaft in der Weltbank wieder aufnahm, hat diese der Volksrepublik Kredite im Gesamtwert von 5,5 Mrd.US\$ zur Verfügung gestellt. Die Kredite der Weltbank sind im wesentlichen in 52 Projekten im Bereich Energieversorgung, Transport, Landwirtschaft, Erziehung und Gesundheitswesen verwendet worden. Die Volksrepublik hat die Mittel dazu verwendet, Einrichtungen und Laboratorien zu verbessern sowie ausländische Experten einzuladen, Vorlesungen an Chinas 28 Schlüsselinstitutionen des höheren Bildungswesens zu halten.

Durch den Einsatz von 60 Mio.US\$ von der Volksbank konnte die Volksrepublik erfolgreich landwirtschaftliche Programme in den Flußebenen durchführen.

Gegenwärtig verhandelt die Weltbank mit der Volksrepublik über eine 300 Mio.US\$-Anleihe für neue Landwirtschaftsprojekte, um Engpässe in diesem Sektor zu beseitigen. Der 300 Mio.US\$-Kredit, der bis zum Sommer 1988 genehmigt werden soll, ist für zwei Regionen bestimmt: Xinxiang in der Provinz Henan - ein wichtiges Getreidegebiet Chinas - und Guangxi - eines der ärmsten Gebiete Chinas. Die Förderung der Landwirtschaft durch die Weltbank erfolgt auf Drängen der chinesischen Regierung, die sich um die landwirtschaftliche Entwicklung - besonders die Getreideproduktion - sorgt.

Die Volksrepublik hat mit Frankreich ein Abkommen über einen Kredit in Höhe von 221 Mio.US\$ unterzeichnet. Dieser Kredit mit einer Laufzeit von 30 Jahren ist für Entwicklungsprojekte vorgesehen. Der Kredit ist der fünfte, den Frankreich seit April 1985 an die Volksrepublik vergeben hat. Die gesamten Kredite aus Frankreich belaufen sich auf 937 Mio.US\$. Weder über die Zinsrate noch über die Rückzahlungsmodalitäten für den neuen Kredit wurden Angaben gemacht, es wurde jedoch darauf hingewiesen, daß die Volksrepublik hinsichtlich der finanziellen Hilfe aus Frankreich bevorzugt wird.

Die amerikanische Export-/Importbank genehmigte einen Kredit in Höhe von 151 Mio.US\$ für die Volksrepublik China, um die Kosten amerikanischer Ausrüstungen und Ingenieurdienstleistungen für ein Kraftwerk nahe Shanghai zu tragen.

Australien wird der Volksrepublik China einen Kredit in Höhe von 200 Mio.Australische Dollar (146,4 Mio.US\$) zur Verfügung stellen. Der mit einer niedrigen Zinsrate ausgestattete Kredit ist für handelsbezogene Projekte bestimmt. Die Laufzeit beträgt drei Jahre, der Zinssatz wird unterhalb des Satzes für kommerzielle Kredite liegen. Australische Unternehmen werden Priorität bei jenen chinesischen Projekten genießen, die die Mittel aus Australien verwenden (RMRB, 15.3.88; AWSJ, 7., 10. und 28.3.88). -lou-

*(32)

Schuldenverwaltungsamt geplant

Die Volksrepublik wird eine Organisation errichten, um die Schulden des Landes besser verwalten zu können. Die neue Organisation, das Schuldenverwaltungsamt, wird dem Finanzministerium unterstellt sein.

Das Amt wird die gesamten Auslandsschulden in Höhe von nahezu 30 Mrd.US\$ zu verwalten haben.

Noch 1979 betrugen die Auslandsschulden nur wenige Milliarden US-Dollar.

Chinesische Zeitungen wiesen darauf hin, daß die Rückzahlungen in der Zeit zwischen 1991 bis 1993 besonders hoch werden, wenn die in den 1980er Jahren aufgenommenen Kredite fällig werden.

Nach Ansicht westlicher Bankiers wird die Volksrepublik ein hervorragender und populärer Schuldner bleiben. Bis jetzt habe die Volksrepublik vorwiegend nur Zinsen zu zahlen gehabt, in den 1990er Jahren müßten jedoch die Rückzahlungen der Kredite beginnen. Dies erfordere Aufmerksamkeit.

Japanische Banken waren die ersten, die den Chinesen Zinsraten boten, mit denen andere ausländische Banken nicht konkurrieren konnten. Ende 1986 machte die Yen-Schuld 46% der gesamten chinesischen Auslandsschulden aus. Durch die Aufwertung der japanischen Währung hat sich naturgemäß die Rückzahlungsbürde der Volksrepublik vergrößert.

Einige chinesische Unternehmen können das Geld nicht zurückzahlen, das sie geliehen haben, und müssen deshalb auf die Regierung zurückgreifen, damit diese ihre Schulden begleicht. Einige Unternehmen führten nicht die notwendigen Durchführbarkeitsstudien durch, bevor sie Geld aufnahmen. Die Zentralregierung war nicht in der Lage, die Kredite für nichtproduktive Projekte zu kontrollieren.

Eine chinesische Zeitung zitierte einen nicht identifizierten Beamten, der die Schuldendienstquote des Landes (Zinsen und Rückzahlungen im Vergleich zu den Exporteinnahmen) mit 20% angab (AWSJ, 17.3.88). -lou-

*(33)

Getreideimporte 1987 angestiegen

1987 importierte die Volksrepublik China 15,996 Mio.t Getreide. Im Jahre 1986 waren es 7,73 Mio., der vorherige Rekord wurde im Jahre 1982 mit 15,573 Mio.t erreicht.

Die Zuckerimporte stiegen von 1,182 Mio.t 1986 auf 1,88 Mio.t im Jahre 1987, während Gummiimporte sich 1987 auf 350.000 t und die Wollimporte auf etwa 152.500 t beliefen. Die Importe von Speiseöl

stiegen von 197.980 t (1986) auf 521.015 t (1987) und die Importe von anderem pflanzlichen Öl stiegen von 272.154 t auf 328.283 t.

Die chinesischen Getreideexporte sanken von 9,42 Mio.t im Jahre 1986 auf 7,37 Mio.t im Jahre 1987.

Die Importe von Baumwolle beliefen sich insgesamt auf 754.576 t im Jahre 1987, 1986 waren es 558.089 t gewesen. (Financial Times, 9.2.88) -lou-

*(34)

Chinesische Außenwirtschaftsaktivitäten in Westeuropa

Nach einem in Rotterdam am 21.3.1988 unterzeichnetem Memorandum wird Shanghai aktiv ein Außenhandelsbüro in Rotterdam errichten. Shanghai wird ebenfalls die Möglichkeit studieren, ein Verteilungszentrum Shanghais in Rotterdam zu errichten. Das Memorandum enthält die Vereinbarungen über Projekte für den Zeitraum von 1988 bis 1990 zwischen Shanghai und Rotterdam. Die beiden Städte verschwisterten sich im Jahre 1979. Die in dem geplanten Verteilungszentrum gelagerten Güter sollen "ex warehouse" auf dem europäischen Markt verkauft werden. Shanghai untersucht auch die Möglichkeit, eine Handelsmesse in Rotterdam im Jahre 1990 für ausgewählte Produkte abzuhalten.

Rotterdam wird Seminare über Handel und Verteilung in Shanghai und einige andere wichtige Zentren des Handels und der Industrie in China im Jahre 1989 abhalten.

Die Volksrepublik China will in Frankfurt mit Hilfe eines deutschen Co-Investors mit einem Aufwand von über 150 Mio.DM das größte "China-Zentrum" der westlichen Welt errichten.

Über das Projekt des China-Zentrums wurde Anfang Februar in Frankfurt ein Protokoll unterzeichnet. Im März 1988 wollen die China International Trust and Investment Corporation (CITIC) und die China Hua Yang Technology and Trade Corporation (CHY) der Stadt ein detailliertes Baukonzept zuleiten. Vom Magistrat der Stadt Frankfurt und überdies vom Land Hessen wird das Vorhaben in mannigfacher Weise unterstützt.

Das China-Zentrum soll auf einem 10.000 qm großen Gelände im Frankfurter Stadtteil Sachsenhausen entstehen. Vorgesehen sind ein Bü-

rogebäude, ein Hotel, ein China-Restaurant, ein Einkaufszentrum, ein Zentrum für traditionelle chinesische Heilkunst sowie ein Zentrum für Wissenschaft, Technologie und Kultur. Die Gesamtnutzfläche wird nach Angaben im Protokoll rund 40.000 qm betragen.

Der Name des deutschen Co-Investors konnte noch nicht genannt werden. Von der in China-Geschäften erfahrenen Philipp Holzmann AG wurde auf Anfrage bestätigt, daß von ihr "wie von anderen" mit den Chinesen zur Zeit Verhandlungen geführt werden. Nach Angaben eines Holzmann-Pressesprechers liegt eine "gewisse Zähigkeit" der Verhandlungen darin begründet, daß "sich die Schnittstelle zwischen den werblichen Interessen des Betreibers und den wirtschaftlichen Interessen des Investors rechnen muß". Die Deutsche Bank teilte mit, das China-Zentrum sei "nach heutigem Stand kein Projekt, an dem sich das Institut beteiligen wird".

Die Stadt Frankfurt hat umfangreiche Steuererleichterungen in Aussicht gestellt, will die Ausbildungskosten des chinesischen Managements übernehmen und u.a. auch die öffentlichen Grünanlagen des Zentrums nach chinesischer Gartenbaukunst gestalten. In Frankfurt wird damit gerechnet, daß die Holzmann AG auf jeden Fall den Bauauftrag des China-Zentrums erhält. Vom 1. bis 9.Juni 1988 wird in Frankfurt eine China-Woche stattfinden, bei der die chinesischen Provinzen ihr Warenangebot bis hin zu Produkten der Raumfahrt präsentieren wollen. Bei dieser Gelegenheit dürfte auch die mit Guangzhou angestrebte Städtepartnerschaft unterzeichnet werden. (TKP, 24.3.88; HB, 12.2.88) -lou-

*(35)

Indirekte chinesische Importe von einigen EG-Ländern gebremst

Art.115 des EWG-Vertrages sieht vor, daß unter bestimmten Voraussetzungen Ausnahmen vom innergemeinschaftlichen Freihandel gemacht werden können. Bis Ende November 1988 importiert deswegen Irland aus den anderen Mitgliedsländern keine Herren-, Damen- und Kinderslips chinesischer Herkunft. Irland ist dazu von der EG-Kommission ermächtigt worden. Die direkten Importe aus China sind davon nicht betroffen.

Nach Angaben der Kommission hat Irland allein seit Beginn des Jahres 1988 auf dem Umweg über andere EG-Länder bereits ein Volumen importiert, das rd. 150% des diesjährigen bilateralen Lieferkontingents im Rahmen des Welttextilabkommens entspricht.

Die italienische Regierung hat die indirekte Einfuhr von chinesischen Seidengeweben aus anderen Mitgliedsländern bis zum Jahresende 1988 ausgesetzt. Italien wurde dazu von der EG-Kommission aufgrund Art.115 des EWG-Vertrages ermächtigt. Nach Angaben der EG-Kommission erreichten die gesamten italienischen Einfuhren aus Drittländern in den ersten zehn Monaten des vergangenen Jahres 914 t gegenüber 912 t im Gesamtjahr 1986. Davon entfalle der größte Teil auf die Volksrepublik China. Hinzu komme, daß die chinesischen Seidengewebe in Italien zu Preisen verkauft würden, die das inländische Preisniveau 42% und die Preise der übrigen Drittländerzeugnisse um 34% unterschritten. Der italienische Anteil am Seidenmarkt habe zwischen Januar und Oktober 1987 nur noch 27% betragen nach 45% im Jahre 1986.

Die EG-Kommission ermächtigte auch Großbritannien am 22.12.1987, Fernsehgeräte einer innergemeinschaftlichen Überwachung zu unterwerfen. Demnach ist Großbritannien berechtigt, bis Ende 1988 die Einfuhr der betreffenden Geräte aus EG-Ländern von der Erteilung eines Einfuhrdokumentes abhängig zu machen. Stellt Großbritannien während des Überwachungszeitraums fest, daß die gesamte beantragte Menge oder der beantragte Gesamtwert der Fernsehgeräte 5% der unmittelbaren Einfuhrmöglichkeiten aus der Volksrepublik China oder 1% der während der letzten erfaßten Zwölfmonatsperiode getätigten Einfuhren überschreiten, so kann mit Genehmigung der EG-Kommission entweder die Erteilungsfrist des Einfuhrdokumentes auf zehn Werktage verlängert oder der Antrag abgelehnt werden. (NfA, 3., 7. und 21.3.88) -lou-

*(36)

6. Tagung der deutsch-chinesischen Wirtschaftskommission

Mit gedämpftem Optimismus ging in Bonn Anfang März die 6.Tagung der deutsch-chinesischen Wirtschaftskommission zu Ende. 1987 wird als Jahr der Konsolidierung in die Handelsannalen eingehen.

Nachdem sich in den Jahren zuvor ein kräftiges Defizit im chinesischen Außenhandel aufgetan hatte, übte man bei dem Importen Zurückhaltung. Das spürten auch deutsche Unternehmen, die 1987 nur noch für 5 Mrd.DM und damit 20% weniger als im Jahr zuvor in die Volksrepublik exportieren konnten. Bei den deutschen Importen chinesischer Waren ergab sich dagegen mit 27% ein erheblicher Zuwachs auf 3,5 Mrd.DM. Wirtschaftsminister Bangemann machte darauf aufmerksam, daß auch Wechselkursveränderungen das insgesamt positive Bild ein wenig eingetrübt hätten.

Die Aussichten für das laufende Jahr 1988 seien nicht schlecht, meinte Bangemann. China sei nach wie vor größter Handelspartner unter den Entwicklungsländern. Mittlerweise zieren 400 Kooperationsverträge, 100 Lizenzabkommen, 26 Joint Ventures und zahlreiche Aufträge für Großprojekte die Erfolgsbilanz. Neue Geschäfte bahnen sich nach Auskünften des Ministers in der Telekommunikation und beim Bau eines Lkw-Werkes an. Dazu habe die Lufthansa der chinesischen Luftfahrtgesellschaft eine enge Zusammenarbeit für den Bau einer Reparaturwerft und einer Fachschule angeboten. Arbeitsgruppen befaßten sich derzeit mit Möglichkeiten, in den Sektoren Kohle, NE-Metalle, Energie und dem Eisenbahnsystem die Kooperation auszubauen.

Nicht allein die Konkurrenz der Japaner oder Amerikaner macht deutschen Unternehmen zu schaffen, auch die europäischen Nachbarstaaten blicken nach China. Dabei entstehen ernstzunehmende Wettbewerbsprobleme, wenn Offerten bundesdeutscher Firmen durch z.T. staatlich geförderte Angebote der Konkurrenz verdrängt werden. Im Fall des Röhrenauftrags von Tianjin ist es jüngst der Mannesmann-Demag so widerfahren, die nun statt des Gesamtpaketes von 900 Mio.DM nur einen Teilauftrag über 350 Mio.DM erhielt.

Die Chinesen leiten aus diesen Praktiken Forderungen nach "weichen Krediten", nach zinsverbilligten Finanzierungsmodellen mit staatlicher Unterstützung ab, damit deutsche Unternehmen in China wettbewerbsfähig bleiben. Wirtschaftsminister Bangemann stellte seinen chinesischen Gesprächspartner dazu unmißverständlich die grundsätzliche Position der Bundes-

republik dar: "Wir denken überhaupt nicht daran, Exporte zu subventionieren." Die Regierung wünsche, so Bangemann, daß ein Wettbewerb über Finanzierungsbedingungen unterbleibe. Entwicklungspolitik sei kein Instrument zur Planung und Durchführung kommerzieller Projekte. Die Bundesregierung leiste in erster Linie Entwicklungshilfe für die staatliche Infrastruktur.

Zum einen überlege die Regierung, wie die deutsche Außenwirtschafts- mit der Entwicklungspolitik besser verzahnt werden und der Hermes-Rahmen verbessert werden könne. Zum anderen wolle man in internationalen Gremien wie GATT oder OECD das Problem der Subventionen aus Entwicklungshilfetat zur Sprache bringen. "Ich habe deutlich gemacht, daß, wenn sich die Praxis nicht ändert, wir dann gezwungen sind, unsere Firmen gleichzustellen. Man kann sich durchaus vorstellen", so Bangemann weiter, "um solch unfairen Wettbewerb auszuschalten, zu einem System zu kommen, wie wir es erfolgreich bei den Werften betreiben, also einer Art Matching für den Fall, daß ein Konkurrent unzulässig mit Zinsverbilligungen arbeitet".

Die deutsche Industrie fühlt sich angesichts der chinesischen Forderungen in einer "gespaltenen Situation", wie der Vorsitzende des Arbeitskreise China beim Ostausschuß der deutschen Wirtschaft, Heinrich Weiss, formulierte. "Auf der einen Seite wünschen wir Regierungsunterstützung, auf der anderen aber plädieren auch wir für Subventionsabbau. Wir wollen nicht den Fehler anderer Nationen wiederholen." Weiss forderte aber, daß vor allem bei Projekten, die Folgeaufträge nachziehen könnten, geprüft werden solle, inwieweit eine Förderung mit Entwicklungshilfemitteln möglich sei, insbesondere dann, wenn sie Infrastrukturmaßnahmen zugute kämen.

Zur Frage von Stand und Entwicklung der Gemeinschaftsunternehmen äußerte sich Bangemann zufrieden: "Die Joint Ventures laufen gut." Heinrich Weiss nannte indes einige Schwierigkeiten. Da gibt es zum einen die Exportklausel, wonach Joint Ventures ihre Devisen selbständig erwirtschaften müssen. Sehr zum Leidwesen vieler Unternehmer, die lieber für den chinesischen Binnenmarkt produzieren wollen. Weiss sieht hier aber eine

Bereitwilligkeit der Volksrepublik einzulenken, ebenso wie in der Frage der Kostenstruktur, die bisher eine rentable Produktion einschränkt, der chinesischen Zulieferungen, denen es an Transparenz fehle, wie der Personaleinstellung und -entlassung. (HB, 9.3.88) -lou-

*(37)

Shanghai Volkswagen Automotive Company

Die Kontakte zwischen Volkswagen AG. und der Shanghai Automobile Company begannen im November 1978. Nach sechs Jahren wurde im Jahr 1984 ein Joint Venture-Vertrag abgeschlossen, der vorsieht, daß die Shanghai Volkswagen Automotive Company jährlich 30.000 Autos und 100.000 Motoren produziert. Das Joint Venture wurde formal im März 1985 gegründet und begann im September 1986, den Betrieb aufzunehmen.

1988 werden aus von VW-Deutschland zugelieferten Teilesätzen und lokal gefertigten Teilen bis zu 15.000 Santana bzw. Passat zusammengesetzt. 1.000 davon sind für Ausländer in China bestimmt, der Rest wird direkt mit Chauffeuren zu den Kunden landesweit gefahren. Ein Santana kostet 74.000 Yuan in China. Der Wagen ist allerdings so begehrt, daß die von der Fabrik unabhängige Vertriebsorganisation das Doppelte für das Auto nehmen kann. Denn die Volksrepublik läßt nur alte Auto-Importverträge gelten. Dies hat zu einer Verschärfung der Auto-knappheit geführt.

Das Volkswagenwerk Shanghai ist in letzter Zeit von höchster Stelle kritisiert worden. So sei der Plan zur Verwendung von mehr chinesischen Teilen im Santana nicht eingehalten worden. Durch Importe von kompletten Bausätzen seien die Devisenkonten der Volksrepublik höher als vereinbart belastet worden. Dokumente und technische Zeichnungen seien den Partnern vorenthalten worden.

Tatsächlich gab es bei VW-Shanghai gewaltige Anlaufschwierigkeiten. Ein Jahr konnte das Uralt-Autowerk nicht bezogen werden, weil die alten Besitzer den Bau den räumten. Andere Probleme waren laut Martin Posth, der seit Beginn des Projektes Geschäftsführer bei VW in Shanghai war, die folgenden:

- Zulieferwerke entsprachen nicht VW-Qualitätsansprüchen,
- rd. 14.000 Dokumente und technische Papiere mußten vom Deutschen ins Chinesische übertragen werden,
- eine Lehrlingsausbildung mußte aufgebaut, Arbeiter zu VW nach Wolfsburg geschickt und ein Managertraining eingeführt werden,
- die Geschäftsführung eines Joint Venture in der Volksrepublik hat zudem keine freie Hand, sondern muß auf vielfältige Interessen Rücksicht nehmen.

Gegenwärtig werden erst 13,5% der Santana-Teile in China gefertigt. VW-Shanghai hatte die Zulieferer in 1.500 "Körbe-" und 130 "Schlüssellieferanten" aufgeteilt. Inzwischen soll der in der Volksrepublik produzierte Wagen qualitativ nicht schlechter sein als ähnliche VWs, die etwa in Nigeria, Südafrika, Mexiko oder Brasilien gefertigt wurden.

Als Folge des VW-Engagements sind nunmehr schon 30 VW-Stammlieferanten mit kleineren Joint Ventures und Lizenzabkommen nachgezogen, darunter Bosch und BASF (Autolacke). Posth sieht voraus, daß in der Volksrepublik gefertigte VW-Teile sogar später in die VW-Werke in der Bundesrepublik geliefert werden. (HB, 29.3.88) -lou-

Binnenwirtschaft

*(38)

Ergebnisse der Wirtschaft 1987 und Pläne für 1988

Der stellvertretende Premierminister Yao Yilin erstattete vor der 1.Tagung des VII.Nationalen Volkskongresses am 26.3.1988 einen Bericht über die wirtschaftliche Situation im Jahre 1987. Die gute Situation der Wirtschaft würde durch die Tatsache illustriert, daß die Industrieproduktion schnell anwuchs und daß sich die Dinge verbesserten, die zu tun haben mit den Staatseinnahmen und -ausgaben, der Geldversorgung und der Zahlungsbilanz. Große und mittelgroße Unternehmen seien durch die Anwendung des Vertragssystems belebt und die Makrokontrolle der Wirtschaft verbessert worden, während Mikroflexibilität erreicht worden sei.

Yao zitierte die folgenden Fakten, um das stetige Wachstum der sozialen Produktion im Jahre 1987 zu illustrieren:

- Das Bruttosozialprodukt wuchs auf 1.092 Mrd.Yuan, 9,4% mehr als 1986 und höher als die geplante Wachstumsrate von 6,4%.
- Der gesamte jährliche industrielle Bruttoproduktionswert nahm um 16,5% gegenüber dem vorangegangenen Jahr zu.
- Die Produktion von Rohkohle betrug 920 Mio.t, Erdöl 132 Mio.t, Elektrizität 496 Mrd.kWh sowie Stahl 56,02 Mio.t.
- Der gesamte Getreideoutput belief sich auf 402,41 Mio.t, ein Zuwachs von 10,9 Mio.t gegenüber dem vorangegangenen Jahr; die Produktion von Baumwolle belief sich auf 4,19 Mio.t, ein Zuwachs von 650.000 t.

Yao erklärte weiter, daß die übermäßig hohe Wachstumsphase der Investitionen in das Anlagevermögen sich verlangsamt habe. Die Investitionen in das Anlagevermögen des ganzen Landes beliefen sich auf 351,8 Mrd.Yuan, ein Zuwachs von 16,5% sowie eine geringere Zuwachsrate als im vorangegangenen Jahr. Investitionen in produktive Aufbauprojekte machten 65,9% der gesamten Investitionsinvestitionen der staatseigenen Betriebe und Institutionen aus, im Jahre 1986 waren dies 60,6%.

Die Investitionen in Grundstoffindustrien, wie z.B. Energie- und Roh- und Halbfertigmaterialien, beliefen sich auf 38% der gesamten Investitionen, im Vergleich zu 33,5% im Vorjahr.

Insgesamt 102 große und mittelgroße Projekte sowie 193 mit solchen Projekten verbundene Aggregate wurden in Betrieb genommen. Die installierte Kapazität der Elektrizitätserzeugung nahm um 8,1 Mio.kW gegenüber dem vorangegangenen Jahr zu, dies war eine Rekordzunahme.

Yao erklärte ferner, daß der Binnenmarkt im Jahre 1987 sich durch lebhaftere Käufe und Verkäufe ausgezeichnet habe. Der Gesamtwert der Einzelhandelsverkäufe belief sich auf 582 Mrd.Yuan, eine Zunahme von 9,6% gegenüber 1986 (unter Berücksichtigung der Preissteigerung).

Der wirtschaftliche, Handels- und technologische Austausch mit dem Ausland expandierte auch im Jahre 1987. Der Außenhandelsumsatz be-

lief sich auf 82,7 Mrd.US\$ im Jahre 1987, eine 12%ige Zunahme gegenüber 1986.

Der Gesamtwert der Exporte belief sich auf 39,5 Mrd.US\$, eine Zunahme von 27,8%. Die gesamten Importe erreichten 43,2 Mrd.US\$, nach den Zollstatistiken eine Zunahme von 0,7%. Das Außenhandelsdefizit wurde auf 3,7 Mrd.US\$ reduziert, noch 1986 hatte es 12 Mrd.US\$ betragen.

Yao erklärte, die staatlichen Reserven konvertierbarer ausländischer Währung und die Goldreserven seien gestiegen. Ausländische Mittel in Höhe von insgesamt 7,57 Mrd. US\$ seien im Jahre 1987 genutzt worden, ein Zuwachs von 4,3% gegenüber 1986.

Im Jahre 1987 gab es eine weitere Entwicklung im Bereich der Wissenschaft, der Erziehung, der Kultur, des Gesundheitswesens und des Sports sowie eine Zunahme beim Einkommen der Menschen sowohl in Stadt als auch auf dem Land. Aus einer repräsentativen Untersuchung in der Statistikabteilung geht hervor, daß der Anteil des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens der städtischen Bewohner, der für den Lebensunterhalt ausgegeben worden war, sich auf 916 Yuan im Jahre 1987 belief, ein Anstieg von 10,6% gegenüber 1986 oder 1,7% nach Berücksichtigung der Preissteigerungen. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Nettoeinkommen der Bauern betrug 463 Yuan, ein Anstieg von 9,2% oder 5,3% nach Berücksichtigung der Preissteigerungen.

Gegen Ende 1987 betrugen die Bankeinlagen der Bewohner städtischer und ländlicher Gebiete 307,5 Mrd.Yuan, ein Anstieg von 7,5% gegenüber dem vorangegangenen Jahr oder der größte Anstieg bei den Bankeinlagen in den letzten Jahren.

In seinem Bericht über den Planentwurf für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes im Jahre 1988 listete Yao die folgenden Ziele auf:

- Das Bruttosozialprodukt wird um 7,5% gegenüber dem Vorjahr wachsen,
- die landwirtschaftliche Produktion wird um 4% zunehmen,
- die industrielle Produktion wird um 8% wachsen,
- die gesamten Investitionen in das Anlagevermögen der gesamten Gesellschaft werden sich auf